

Gemeinsame Erklärung von

Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V.

Bundesärztekammer

Deutscher Pflegerat e.V.

Bundespflegekammer e.V.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Gemeinsam unser Gesundheitswesen vor Überlastung schützen

Berlin, 12.11.2021: Krankenhausträger, Ärzteschaft, Pflegende und Medizinische Fachangestellte sehen die rasante Ausbreitung des Corona-Virus in Deutschland mit großer Sorge. Die mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes vorgesehenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind richtig und notwendig, sie reichen aber nicht aus, um der drohenden Überlastung des Gesundheitswesens entgegenzuwirken. Weitergehende Sofortmaßnahmen von Bund und Ländern sind dringend erforderlich:

- Für den Zugang zu Angeboten des Öffentlichen Lebens sind bundesweit und einheitlich 2-G-Regelungen (geimpft oder genesen) als zwingende Zutrittsvoraussetzungen zu etablieren und wirksam zu kontrollieren.
- Für Aktivitäten mit besonders hohem Infektionsrisiko, vor allem in Regionen mit hohen Infektionsraten, sollten Antigen-Schnelltests zusätzlich zur 2-G-Regelung (2-G+) obligatorisch werden.
- Das Vorhaben der Bundesregierung, eine allgemeine und für die Arbeitgeber durchsetzbare 3-G-Regel am Arbeitsplatz einzuführen, wird ausdrücklich unterstützt.

- Wir begrüßen die aktuelle Stellungnahme des Deutschen Ethikrates, in der er die Bundesregierung auffordert, kurzfristig die Einführung einer berufsbezogenen Impfpflicht zum Schutz besonders vulnerabler Menschen in Einrichtungen des Gesundheitswesens zu prüfen. Eine offene, transparente und abwägende Diskussion dieser komplexen Fragestellung trägt mit dazu bei, eine Entscheidung für oder gegen eine Impfpflicht gut zu begründen und Akzeptanz zu schaffen. Sollte die Politik auf Basis dieser Stellungnahme des Ethikrates eine Impfpflicht für bestimmte Einrichtungen und Berufsgruppen einführen, werden wir dies unterstützen und uns an der Umsetzung beteiligen.

Krankenhausträger, Ärzteschaft, Pflegende und Medizinische Fachangestellte appellieren dringend an alle Bürgerinnen und Bürger, sich impfen zu lassen. Mit einer Impfung schützt man nicht nur sich selbst und seine Kontaktpersonen, man trägt aktiv dazu bei, die in immer mehr Regionen drohende Überlastung der Krankenhäuser zu vermeiden. Dabei kann eine Impfung nicht jede Infektion vermeiden, aber das Risiko selbst schwer zu erkranken und andere anzustecken wird durch die Impfung drastisch reduziert. Das zeigt die aktuelle Situation auf den Intensivstationen deutlich, auf denen mit großer Mehrzahl ungeimpfte Patientinnen und Patienten versorgt werden müssen.

Die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern und die Gesellschaft als Ganzes sind jetzt gefordert, Verantwortung zu übernehmen und unser Gesundheitswesen vor Überlastung zu schützen.

Kontakt:

Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V.: Tel. 030 398 01 1021, pressestelle@dkgev.de

Bundesärztekammer: Tel. 030 4004 56 700, presse@baek.de

Deutscher Pflegerat e.V.: Tel: 030 398 77 303, u.haas@deutscher-pflegerat.de

Bundespflegekammer e.V.: Tel. 030 219 157 70, presse@bundespflegekammer.de

Verband medizinischer Fachberufe e.V.: Tel. 06198 575 98 78, presse@vmf-online.de